Am 10. April haben wir in einer Meldung aufgrund einer vertraulichen Mitteilung eines Gewerkschaftskollegen berichtet, dass für das von ver.di und der Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung veranstaltete „5. Potsdamer Forum für Führungskräfte im öffentlichen Dienst“ das ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christian Zahn verantwortlich sei.
Die ver.di Bundesverwaltung Bereich Beamtinnen und Beamte – dieses Ressort bildet gleichzeitig das Projektbüro für das Potsdamer Forum – legt wert auf die Richtigstellung, dass Christian Zahn die Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung weder „initiiert/ forciert oder in irgendeiner Weise beeinflusst hat“.
Wir geben diese Richtigstellung an unsere Leser weiter und bedauern, wenn wir gegenüber Christian Zahn eine falsche Tatsache behauptet haben. Wolfgang Lieb.

Ich hatte die Absenderin der Mail, eine Mitarbeiterin der ver.di Bundesverwaltung Bereich Beamtinnen und Beamte, um Ihre Erlaubnis ersucht, dass wir ihren Brief an die Redaktion der NachDenkSeiten auf unserer Website wiedergeben dürfen.
Zur umfassenden Information natürlich mit einigen Briefen von ver.di-Mitgliedern die gleichfalls an ver.di gegangen sind und die sich gleichfalls mit der Erwiderung der Gewerkschaft auseinandersetzen.
Ich war der Meinung, dass sich damit die Leserin und die Leser der NachDenkSeiten ihr eigenes Urteil auch über dieses Schreiben an uns bilden könnten und wir uns mit diesem Ressort von ver.di nicht über unsere unterschiedlichen Meinungen zu streiten brauchten. Dieser Bitte wurde nicht stattgegeben.

Unabhängig von den Verantwortlichen für diese Kooperation von ver.di und der Bertelsmann Stiftung legt mein Mitherausgeber Albrecht Müller wert auf die Feststellung:

„Ich bin Mitglied von ver.di. Ich kann nicht verstehen, dass meine Gewerkschaftsführung – wie ich den hilflosen Erklärungsversuchen für die Zusammenarbeit von ver.di mit Bertelsmann gegenüber Gewerkschaftern entnehme, die dagegen protestiert hatten – nicht begreift, dass sie mit dieser Zusammenarbeit der Bertelsmann Stiftung auch unter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Glaubwürdigkeit verschafft. Dies ist angesichts der von diesem neoliberalen Think-Tank – wenn auch häufig unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit – vertretenen wirtschaftspolitischen Positionen, die sich in aller Regel gegen wohlbegründete gewerkschaftliche Interessen richten, nicht zu begreifen.

Offenbar hat die ver.di Bundesverwaltung, jedenfalls der Bereich Beamtinnen und Beamte immer noch nicht verstanden, dass die Gewerkschaften angesichts etwa des übermächtigen Einflusses gerade der Bertelsmann Stiftung auf die derzeitige „Reform“-Politik – von Hartz über die Privatisierung der Daseinsvorsorge bis zur Rente mit 67 – mit dem Rücken zur

Wand stehen und dass es nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegen kann, etwa mit Bertelsmann gemeinsam veranstaltete Foren durchzuführen und dadurch einem der mächtigsten neoliberalen Think-Tanks den Anschein von Neutralität und Glaubwürdigkeit auch für die Arbeitnehmerschaft zu verleihen.“

Es ist doch kein Geheimnis, dass Bertelsmann mit seinen Positionen zur Reform des öffentlichen Dienstes auch massive kommerzielle Interessen verfolgt. So will etwa die Bertelsmann-Tochter arvato ihre privaten „Government Services“ auf kommunale Dienstleistungen ausdehnen und den Bürgern „im Auftrag der politischen Institutionen umfangreiche Verwaltungsaufgaben anbieten“ will. Solchen kommerziellen Interessen ein gewerkschaftliches Forum zu bieten, hat nur noch wenig mit einer kritischen oder pluralistischen Auseinandersetzung mit Gegenpositionen zu tun.

Man hätte ja noch darüber streiten können, wenn ver.di zu einer Fachtagung einzelne Referenten der Bertelsmann Stiftung eingeladen hätte. Aber dass auf einem von einer Gewerkschaft mitveranstalteten Kongress, etwa bei einem „Workshop“ über das ureigene gewerkschaftliche Thema der Tarifpolitik, nämlich der „Erfahrungen mit der Einführung von Leistungsbezahlung“ oder bei einer Existenzfrage einer Gewerkschaft, die Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes vertritt, nämlich der „Privatisierung des Öffentlichen Dienstes“, gleich die „Fachmoderation“ und dazu noch ein Hauptreferat Vertretern der Bertelsmann Stiftung übertragen wird, erinnert in seiner Naivität fatal an den in den Volksmund eingedrungenen Ausspruch von Bert Brecht: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber.“